WUNDERFLATS

Wunderflats zu Mietrechtsbeschluss des Bundeskabinetts: Sechs-Monats-Befristung trifft Fachkräfte, keine Entlastung für Wohnungsmarkt

Berlin, den 30. April 2026 – Das Bundeskabinett hat gestern den Regierungsentwurf des "Gesetzes zur Änderung des Rechts der Wohn- und Geschäftsräume" beschlossen. Das Gesetz begrenzt Zeitmietverträge auf sechs Monate (verlängerbar auf acht Monate) und lässt sie nur noch bei einem „besonderen Anlass beim Mieter" zu. Der Entwurf enthält einen pauschalen Möblierungszuschlag von zehn Prozent der Nettokaltmiete für vollmöblierte Wohnungen und reguliert Mieterhöhungen bei Indexmietverträgen.

Wunderflats teilt das Anliegen, Mieter vor überhöhten Kosten zu schützen, hält die geplante Verengung des Zeitwohnens jedoch für "sachlich falsch und juristisch nicht tragfähig", so Jan Hase, CEO von Wunderflats.

CEO Jan Hase weiter: "Wunderflats wird sich im parlamentarischen Verfahren mit konkreten Vorschlägen einbringen sowie rechtliche Schritte prüfen, falls dieser Entwurf Gesetz werden sollte."

Ein von Wunderflats in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten der Kanzlei GSK Stockmann vom Februar 2026 bewertet die geplante Sechs-Monats-Höchstfrist als "unionsrechtswidrig" und als "unverhältnismäßigen Eingriff in die durch Artikel 14 GG geschützte Eigentumsfreiheit der Vermietenden".

Der Gesetzesentwurf geht klar am Ziel vorbei. Eine aktuelle Studie des Forschungsinstituts Prognos AG zeigt, dass allein auf Wunderflats in Deutschland in den vergangenen vier Jahren über 400.000 Menschen einen spezifischen Bedarf für möbliertes Wohnen auf Zeit hatten. Davon rund 250.000 in beruflichen Wechselsituationen, vielfach in Engpassberufen. Am regulären Wohnungsmarkt finden sie kaum eine Wohnung.

Jan Hase, CEO von Wunderflats: „Deutschland braucht internationale Fachkräfte und nimmt ihnen gleichzeitig die letzte Chance eine Wohnung zu finden."

Je nach Schärfe der Regulierung würden laut Prognos AG nur 22 bis 29 Prozent der betroffenen Vermieter tatsächlich in den regulären Mietmarkt wechseln, das wohnungspolitische Ziel wird also kaum erreicht. Gleichzeitig wären drei Viertel der betroffenen Fachkräfte auf teure Ausweichlösungen angewiesen, ein Viertel würde den Aufenthalt verkürzen oder gar nicht antreten. Gesamtverlust in Deutschland: rund 720 Millionen Euro pro Jahr an entgangener Wertschöpfung.

Pressekontakt (i.A.)

Die HimmelsSchreiber: Michael Behrens
press@wunderflats.com
+49 173 3473934